Bebauungsplan „Westliche Karl-Räder-Allee“ Stadt Bad Dürkheim

**Beteiligungsverfahren nach §13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
Abgegebene Stellungnahmen, Prüfungen und Bewertungen, Beschlussvorschläge
(Bearbeitungsstand: 18.01.2023)**

Sachvortrag:

Der Entwurf zum Bebauungsplan „Westliche Karl-Räder-Allee“ hat in der Zeit vom 14.11.2022 bis zum 16.12.2022 gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB nach § 3 Abs. 2 BauGB zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 10.11.2022. Ihnen wurde Gelegenheit zur Äußerung bis einschließlich 16.12.2022 (Beteiligung der Behörden gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 nach § 4 Abs. 2 BauGB).

1. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13. Abs. 2 Nr. 3 BauGB nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 10.11.2022 mit der Bitte um Abgabe einer Stellungnahme bis einschließlich 16.12.2022

Von insgesamt 10 angeschriebenen Behörden und Träger öffentlicher Belange haben drei eine Stellungnahme abgegeben (siehe Anlage).

1.1 Abgegebene Stellungnahmen ohne Anregungen, Hinweise und Bedenken

Prüfung und Bewertung

Folgende Träger öffentlicher Belange haben mitgeteilt, dass keine Bedenken und Anregungen zum Bebauungsplan „Westliche Karl-Räder-Allee“ bestehen:

- 1.1.1 Kreisverwaltung Bad Dürkheim, Untere Wasserbehörde, Ref.52 (Schreiben vom 14.11.2022)
- 1.1.2 Kreisverwaltung Bad Dürkheim, Untere Landesplanungsbehörde, Ref.13 und Untere Denkmalschutzbehörde (Schreiben vom 11.11.2022).

Die Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen – ein Beschlussvorschlag ist hierzu nicht erforderlich.

1.2 Abgegebene Stellungnahme mit Anregungen und Hinweisen

Während der Behördenbeteiligung sind von folgender Behörde Anregungen und Hinweise eingegangen:

1.2.1 Kreisverwaltung Bad Dürkheim – Untere Naturschutzbehörde – (Schreiben vom 08.12.2022)

Prüfung und Bewertung:

Die Kreisverwaltung Bad Dürkheim als Untere Naturschutzbehörde teilt mit, dass gegen den Bebauungsplan keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Im Geltungsbereich von einfachen Bebauungsplänen richtet sich die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 34 (Innenbereich) und § 35 (Außenbereich) BauGB (§ 30 Abs. 3 BauGB).

Die Untere Naturschutzbehörde äußert in diesem Zusammenhang allerdings Bedenken, insbesondere zu den bewaldeten Grundstücken, die derzeit eindeutig dem Außenbereich zugeordnet werden (hinterer Bereich des Fl.St. 813/56 und das Fl.St. 813/17). Hier könnte es vermehrt zu Anfragen und Unsicherheiten bzgl. der Bebaubarkeit dieser Bereiche kommen.

Um diesen Unsicherheiten in Bezug zur Abgrenzung des baulichen Außen- und Innenbereichs vorzubeugen, regt die Untere Naturschutzbehörde die Herausnahme des hinteren bewaldeten Bereichs des Fl.St. 813/56 und des Fl.St. 813/17 an. Alternativ sollten nachrichtlich die Grenzen des Außenbereichs gekennzeichnet werden. Dass dies möglich ist, hat die Untere Landesplanungsbehörde der Kreisverwaltung Bad Dürkheim bestätigt.

Im Übrigen ist bei der Aufstellung von Bebauungsplänen der Schutzzweck des Biosphärenreservats Pfälzerwald (BR) zu berücksichtigen (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 BiosphärenreservatsVO). Auch hierbei könnte es zu Unsicherheiten kommen, da die Bereiche im baulichen Außenbereich, auch wenn sie im einfachen Bebauungsplan liegen, vollumfänglich den Schutzbestimmungen nach § 7 BiosphärenreservatsVO unterliegen. Im B-Plan sollte nachrichtlich auf das BR hingewiesen werden.

Beschlussvorschlag:

Dem Vorschlag der Unteren Naturschutzbehörde die bewaldeten Grundstücke mit den Flurstücksnummern 813/56 und 813/17 aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes herauszunehmen wird nicht gefolgt. Alternativ wird ein Hinweis auf die Zulässigkeit von Vorhaben bei einfachen Bebauungsplänen sowie hinsichtlich der BiosphärenreservatsVO eingefügt. Einer erneuten Auslegung der Bebauungsplanunterlagen bedarf es nicht, da der zugefügte Hinweis keine Auswirkungen auf den übrigen Teil des Planes hat und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

2. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB nach § 3 Abs.2 BauGB in der Zeit vom 14.11.2022 bis zum 16.12.2022

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB sind keine Stellungnahmen eingegangen.